

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Helm. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nien, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 27

Düsseldorf, den 6. Juli 1929

Verbandort Krefeld

Die Konjunkturlage

Der neueste Wirtschaftsbericht des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes macht über die allgemeine wirtschaftliche Lage folgende Ausführungen:

„Die Belegung der Geschäftstätigkeit durch den Einfluss der Frühjahrs- und Sommerfaison setzt sich noch immer fort. Der Einfluss der Frühjahrs- und Sommerfaison ist in diesem Jahre weit stärker als im vergangenen und vorvergangenen Jahre; das liegt daran, daß nach der überlangen Dauer des Winters eine große Zahl von zurückgestellten Arbeiten eiligst nachgeholt werden muß. So erklärt sich vor allem die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes. Seit dem Tiefstande, der am Märzbeginn erreicht war (Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützte zusammen 2,6 Millionen), sind von der Wirtschaft mehr als 1 1/2 Millionen Arbeitskräfte wieder aufgenommen worden. Im Jahre 1928 waren bis zum Juni gegenüber dem Tiefstand, der damals am 15. Januar bereits erreicht war, nur 880 000 Arbeitslose zur Beschäftigung zurückgekehrt, also nicht viel mehr als die Hälfte der diesjährigen Ziffer. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir am 1. Juni 1929 noch über 1 Million unterstützte Erwerbslose hatten (Krisenunterstützte wiederum eingerechnet), während im vorigen Jahre die Zahl nur 760 000 betrug. Die Saisonwirkung ist also in diesem Jahre sehr viel stärker, weil sie auf einen kürzeren Zeitraum zusammengebrängt wurde, die Differenz der Gesamtbeschäftigung zeigt aber trotz allem einen ungünstigeren Konjunkturzustand an.

Die entscheidende Frage ist gegenwärtig einmal, ob sich die Saisonbesserung noch erheblich weiter fortsetzt, und zweitens, ob die 1928 begonnene Konjunkturverschlechterung ihren Tiefstand bereits hat. Nur wenn das zweite zutrifft, besteht Aussicht, daß die Verminderung der Arbeitslosigkeit nicht wieder in gleichem Maße wie im vergangenen Winter durch die umgekehrten Saisoneinflüsse vergrößert wird.

Einige Anzeichen sprechen dafür, daß ein weiteres Abflauen der Konjunktur nicht zu erwarten ist. Die Konkurrenz- und Zahlungsschwierigkeiten haben nicht weiter zugenommen, die Rohstoffverzehrung und die Einfuhr von Rohprodukten weisen hohe und zum Teil steigende Ziffern auf. Ob man bereits wieder für diesen Sommer und Herbst mit einem neuen konjunkturellen Aufstieg rechnen darf, hängt aber im wesentlichen von der Kapitalversorgung ab. Unglücklicherweise traf im letzten halben Jahr mit der Konjunkturverschlechterung eine Verteuerung und Verknappung des Kapitals zusammen. Diese Erschwerung der Kapitalzufuhr war sehr stark durch politische Einflüsse hervorgerufen, insbesondere durch die Wirkungen der Reparationszahlungen und durch die Ungewißheit über ihre künftige Gestalt. Der letzte große Stoß, den die Kreditversorgung Deutschlands erhielt, im Zusammenhang mit der großen internationalen Spekulation gegen die Mark, die im wesentlichen durch Zinssteigerung und Kreditbeschränkung der Reichsbank bekämpft werden mußte, hing ebenfalls mit dem ungewissen Ausgang der Pariser Verhandlungen zusammen.

Solange Deutschland mehr an Reparationen abzuführen hat, als ihm an Ueberschüssen im internationalen Handel zufließt, kann eine günstige Konjunktur nur entstehen, wenn der Zustrom ausländischer Kapital größer ist als der Abfluß deutscher Zahlungen ins Ausland.

Der Zustrom des vor allem wichtigen langfristigen Auslandskredit ist aber in diesem Jahre bisher außerordentlich niedrig gewesen.

Im Monatsdurchschnitt wurden ausländische Anleihen aufgenommen:

Jahr	126 Millionen RM.
1926	140
1927	137
1928	42
1929	(Durchschnitt der ersten fünf Monate)

Nun ist allerdings auch in früheren Jahren die Zufuhr des Auslandskredit (so insbesondere im Jahre 1927) vor allem in der zweiten Jahreshälfte erfolgt. Falls das gleiche auch in diesem Jahre eintreten sollte, könnte man erwarten, daß die Saisonbelegung der deutschen Wirtschaft, die wohl jetzt ihrem Höhepunkt nahe ist, allmählich in eine Konjunkturbelegung übergeht, so daß der Rückschlag im Herbst und Winter nicht das gleiche Ausmaß anzunehmen braucht wie im vergangenen Jahre. Nachdem der Pariser Reparationsplan nunmehr bekannt geworden ist und in den meisten Ländern mit einer Annahme gerechnet wird, hat sich bereits eine leichte Besserung auf dem Geld- und Kapitalmarkt durchgesetzt; insbesondere ist der Kurs früherer deutscher Auslandsanleihen an den ausländischen Börsen gestiegen. Es ist wahrscheinlich, daß darin das erste Vorzeichen für einen Wiederbeginn der Auslandsanleihen zu erblicken ist. In den Monaten April und Mai konnte man von einem völligen Stocken der Kapitalzufuhr sprechen. Aber mehr als eine Wahrscheinlichkeit ist heute noch nicht anzunehmen, weil die politischen Auseinandersetzungen über die Annahme oder Abänderung des sogenannten Young-Planes sehr leicht weitere Rückschläge für unsere weltwirtschaftliche Lage bringen können. Einigermassen sichere Voraussagen werden sich also erst auf Grund des Verlaufs der für den Juli in Aussicht genommenen politischen Reparationskonferenz machen lassen.“

Der Schlesien-Schiedspruch

Arbeitsminister Wiffelt hat die Entscheidung

Es war vorauszu sehen, daß die am 21. Juni stattgefundenen Verhandlungen für die beantragte Verbindlichkeitserklärung des schlesischen Textilschiedspruches außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden haben würden. Die Stellungnahme der Arbeiterschaft war seitens der Gewerkschaften durch die beantragte Verbindlichkeitserklärung klar zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso klar brachten aber auch die Arbeitgeber ihre strikte Ablehnung des gefällten Schiedspruches zum Ausdruck.

Die Arbeitgeber ließen denn auch in der Verhandlung selbst die Vertreter der Gewerkschaften und den vom Arbeitsministerium mit der Sache beauftragten Schlichter — Herrn Ob.-Reg.-Rat Dr. Doberstein — nicht darüber im unklaren, daß sie die Umgehung des Schiedspruches mit allen Mitteln durchzusetzen beabsichtigen.

Unter solchen Umständen waren die im großen Plenum von Dr. Doberstein geführten Vormittags-Verhandlungen ebenso wie die Verhandlungen am Nachmittag von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es kommt den Parteien lediglich darauf ankommen, nochmals alle Gründe und Erwägungen für die Richtigkeit ihres gegenseitigen Standpunktes vorzubringen und den Schlichter nach Möglichkeit von der Richtigkeit ihrer Stellungnahme bzw. ihrer Forderung zu überzeugen. Die alten Begründungen wurden zum Teil wiederholt, zum Teil ergänzt. Von den Arbeitgebern wurde dabei die schwierige Lage der schlesischen Textilindustrie im allgemeinen und die schwere Lage der schlesischen Leinenindustrie, die Fragen der Auslandskonkurrenz, der Arbeitslosigkeit, des Produktionsrückganges und des verlorenen Aus- und Inlandsabfahes besonders lebhaft diskutiert. Diefelben Klagelieder, die die schlesischen Textilindustriellen schon seit Jahren erklingen lassen, wurden von der Arbeiterschaft eine Besserung ihrer unzulänglichen Verdienste fordert.

Nicht allein die Höhe des Schiedspruches und die Einbeziehung der schlesischen Leinenindustrie in denselben sand bei den Arbeitgebern Ablehnung.

Hestig bekämpft wurde vielmehr von ihnen auch die Maßgabe des Schiedspruches, daß die vorgekehrte Lohn-erhöhung auch in gleicher Höhe auf alle Akkordlöhne Anwendung findet, daß sich also die Akkordlöhne ohne Rücksicht auf ihren bisherigen Stand in dem gleichen Verhältnis erhöhen wie die Zeitlöhne.

Die gewerkschaftliche Gegenbegründung war gut materialisiert. An Hand der Konjunkturstatistiken wurde bewiesen, daß die allgemeine schwierige Lage der Textilindustrie ihre Ursache in der internationalen ungünstigen Konjunktur der Textilwirtschaft findet, die nicht durch die Lohnpolitische Ein-

stellung der schlesischen Textilindustrie beeinflusst werden kann. Weiter wurde seitens der Gewerkschaften nachgewiesen, daß auch der schlesischen Leinenindustrie aus den gleichen Gründen mit einer Befreiung von der Erfüllung des Schiedspruches nicht geholfen werden kann. Zur Begründung ihrer Beweisführung wurde von den Gewerkschaften das außerordentlich beachtliche Material von der letzten amtlichen Lohnhebung für die Textilindustrie vorgelegt und gezeigt, daß die Grundlöhne ebenso wie die Lohnüberverdienste in der schlesischen Textilindustrie erheblich unter dem Reichs- bzw. Bezirksdurchschnittslohn anderer vergleichbarer Gebiete zurückliegen. Durch ihre Politik niedriger Löhne ist die schlesische Textilindustrie selbst schuld an der ständigen Benachteiligung, der die Textilindustrie durch das notwendige Drängen der Gewerkschaften auf eine Erhöhung der unzulänglichen Löhne sehr ausgelegt ist.

Von den Gewerkschaften wurde ferner darauf hingewiesen, daß es für die Gewerkschaften untragbar ist, die schlesische Textilindustrie durch Bewilligung niedrigerer Löhne in ihrem sozialen Dumping zu unterstützen und eine weitere Verschärfung der Arbeiterschaft zuzulassen.

Diese Stellungnahme der Gewerkschaften ist nur zu be- rechtigt.

Nicht die Gewerkschaften haben die Tarifverträge in der schlesischen Textilindustrie gekündigt, sondern die Arbeitgeber.

Sie wissen sehr wohl, warum sie das getan haben. Hätten die Gewerkschaften ein halbes Jahr später ihrerseits die Tarife gekündigt und eine Lohnbewegung eingeleitet — die Verhältnisse hätten angesichts der wirtschaftspolitischen Entwicklung der Oberpräsident Philipp, hat mit Recht u. U. bei der Fällung des Schiedspruches dieser Tatsache in etwa Rechnung getragen.

Die Gewerkschaften können — ganz davon abgesehen — aber auch unter keinen Umständen jetzt durch ein Abgehen vom Schiedspruch den Schlichter und die Schlichterkammer desavouieren. Ebenjowenig kann nach unserer Meinung aber auch das Reichsarbeitsministerium eine andere Stellung einnehmen, als durch die Verbindlichkeitserklärung den Schiedspruch zu bestätigen und der schlesischen Textilarbeiterchaft zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches ist noch nicht erfolgt. Wie wir soeben erfahren, finden am Freitag, den 28. Juni, nachmittags 2 Uhr im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über die Auslegung des Schiedspruches statt. Ueber deren Ergebnis werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Was kostet die schlesische Aussperrung?

— und was konnte dafür bewilligt werden!

Sechs Wochen liegt die schlesische Textilarbeiterchaft jetzt bereits auf der Straße. Wiederholt haben wir auf die katastrophalen Folgen dieser Aussperrung hingewiesen. Nicht allein die ausgesperrte Textilarbeiterchaft, sondern darüber hinaus alle Kreise der schlesischen Bevölkerung werden durch diese unverantwortliche Maßnahme der Textilindustriellen betroffen und in ihrer Existenz bedroht. Immer lauter werden die Klagen der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden über das völlig zum Erliegen gekommene Geschäft. Immer schwieriger wird die Lage der Kommunen, für welche die Aussperrung durch die notwendigen Mehraufwendungen für soziale Ausgaben eine untragbare Belastung bedeutet. Mit Recht wird angesichts dieser katastrophalen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von der schlesischen Bevölkerung die Frage gestellt, ob es notwendig war, daß seitens der Arbeitgeber diese Aussperrung inszeniert wurde.

Die Arbeiterschaft hat den Arbeitgebern keine Veranlassung zu dem erfolgten Aussperrungsbeschluss gegeben. Immer wieder müssen wir auf diese Tatsache hinweisen. Noch ehe die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren und ohne daß irgend ein Grund dazu vorgelegt hätte, ist der Aussperrungsbeschluss der Arbeitgebervereinigung erfolgt. Die Industriellen begründen ihn damit, daß eine Fortzahlung bzw. Erhöhung der alten Löhne für sie untragbar sei und zum wirtschaftlichen Ruin der schlesischen Textilindustrie führen müsse. Sie halten, wie der Verlauf der Bewegung gezeigt hat, es für richtiger und tragbarer, ihre Arbeiterschaft sechs Wochen auszusperrn und die Betriebe stillzulegen, als den Anträgen der Arbeiterschaft zu entsprechen.

Es lohnt sich, angesichts dieser Stellungnahme der schlesischen Textilindustriellen ein Exemplar darauf zu machen, was die Aussperrung bisher den Arbeitgebern gekostet hat und welche Lohn-erhöhung aus dem Verlust, der ihnen die Stilllegung der Betriebe brachte, der Arbeiterschaft hätte gewährt werden können.

Dabei sei vorausgeschickt, daß natürlich der entstandene Verlust für die Arbeitgeber nicht nur aus entgangenem Pro-

duktionsgewinn, wie in unserer Berechnung veranschlagt, besteht. Die ohne Rücksicht auf die Stilllegung der Betriebe weiterlaufenden Ausgaben für Angestelltengehälter, Handlungskosten, Zinsdienst usw. und der Verlust an neuen Aufträgen und Kunden erhöhen selbstverständlich unsere Rechnung noch ganz erheblich.

Die schlesische Textilindustrie sperrte etwa 55 000 Arbeiter aus. Bei einem Durchschnittswochenlohn von 25.— M. beträgt die wöchentliche Lohnsumme für diese 50 000 Arbeiter 1 1/4 Millionen Mark. Die Aussperrung dauert seit sechs Wochen an. Der gesamte Lohnanteil für diese Zeit beträgt rund 7 1/2 Millionen Mark. Kalkulieren wir einen Lohnanteil am Fertigprodukt von durchschnittlich 12 1/2 Prozent, so ergibt sich ein verlorengangener Produktionswert in Höhe von 60 Millionen Mark. Veranschlagen wir weiter davon den Reingewinn bescheiden mit 7 1/2 Prozent (die Durchschnittsrendite der Textilindustrie im vergangenen Jahre betrug circa 9 Prozent), so errechnen wir einen durch die Aussperrung entgangenen Reingewinn von vier Millionen Mark. Aus diesen vier Millionen Mark verlorenem Reingewinn konnten die schlesischen Textilindustriellen ihrer Arbeiterschaft auf die Dauer von einem Jahre eine Lohn-erhöhung von rund 6 1/2 Prozent gewähren. Wir wiederholen: wir legten dieser Berechnung nur den rein errechenbaren entgangenen Nettogewinn zu Grunde. Ohne Rücksicht auf etwaige Verschärfungen der einzelnen veranschlagten Posten wird sich in Wirklichkeit der entgangene Reingewinn erheblich erhöhen.

Man muß die Frage aufwerfen: Können die schlesischen Textilindustriellen es angesichts dieser Tatsache verantworten, 50 000 Menschen wochenlang auszusperrn und eine ganze Industrie stillzulegen, ohne daß eine Notwendigkeit dazu besteht? Unser Exemplar zeigt zweifellos, daß das Vorgehen der Industrie nicht aus wirtschaftlicher Notwendigkeit erfolgte. Wir können nur hoffen, daß der Arbeitsminister Wiffelt, der jetzt vor die Frage der Verbindlichkeitserklärung des ergangenen Schiedspruches gestellt ist, dieser Tatsache Rechnung trägt.

Jugendgewinnung

(Zwei Zuschriften)

Die nachfolgenden Auslassungen sendet uns ein außerhalb unserer Bewegung stehender Freund unseres Verbandes.

In Nr. 20 der „Textilarbeiter-Zeitung“ äußert sich ein älterer Arbeiter zur Frage der Jugendgewinnung. Wenn auch der Schreiber jener Zeilen manches Moment den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend herausgestellt hat, so kann ich seinen Pessimismus doch nicht ganz teilen. Die von ihm bemängelten Zustände gibt es zweifellos. Aber es führt zu weit, in diesem Zusammenhang allgemein von der werktätigen Jugend zu sprechen. Es wird immer so bleiben, daß die Älteren die heranwachsenden Arbeiterjungen und -mädchen gewerkschaftlich orientieren. Die Frage wird nur die sein, wie man dies tut. Und dazu, ihr Alten, ein Wort an euch!

Ja, es ist schon so, auch in euren Reihen stehen sehr viele, die recht glückselig geworden sind. War es früher nicht anders, als man noch jeden fingerbreit Erfolg mit ungeheurer Energie, unter Einsatz der ganzen Person, erkämpfen mußte? Es scheint mir, als wenn die gewerkschaftlichen Erfolge der Nachkriegszeit bei weitem nicht mehr so stark in das Bewußtsein der Arbeiterschaft getreten sind, wie es früher der Fall war. Man hat all die Errungenschaften gern in Empfang genommen, aber vergessen, daß die Männer, die diese Erfolge errangen, dies nur konnten, weil sie eine starke, gut organisierte Macht hinter sich hatten. Haben die Führer diese Macht nicht mehr hinter sich, dann wird es bald aus sein mit den Erfolgen. Aber nicht nur das Zahlenmäßige, nein, auch der Geist der Organisation, der Geist des einzelnen ist hervorragend bestimmend für den Erfolg unserer Arbeit. Der Geist, der die Gründer der gewerkschaftlichen Bewegung besetzte, mußte heute wieder mehr Allgemeinut innerhalb der Arbeiterschaft werden.

„Der Geist ist's, der lebendig macht!“

Bei jedem einzelnen muß unabänderlich feststehen, daß er mitten in uß, aus innerer Verantwortlichkeit, sich selbst, seiner Familie und seinen Arbeitsbrüdern gegenüber. Er muß ein Aufleben spüren bei dem Gedanken, daß er durch seine Gewerkschaftsarbeit mitbillt an dem Aufstieg der gesamten Arbeiterschaft, denn dieser Aufstieg kann nur ein Akt der Selbsthilfe sein. Nur was die Arbeiter selbst wollen und erringen, werden sie erreichen. So meine ich, müßte die rechte Gesinnung in den älteren Arbeitern wieder mehr lebendig werden.

Und nun ein kleines, aber betrübendes Erlebnis. Es war in einer katholischen Arbeitervereinsversammlung. Wir kamen auch auf die Gewerkschaften zu sprechen. Da fragte ein älterer Arbeiter: „Ist es denn unbedingt notwendig, daß wir in den christlichen Gewerkschaften sind?“ Ich hörte dann, daß seine Söhne freiorganisiert sind. Der Kollege meinte, man solle die Jugend ruhig gewähren lassen, sie würde sich schon auf den rechten Weg zurückfinden.

Ja, liebe Freunde, mir scheint, als ob hier etwas nicht stimmt. Wohl hat der Freund recht, wenn er in Nr. 20 sagt: „Der Name „Christlich“ wird bei der Jugend — verächtlich gemacht.“ Ja, und der, der mit dem Wort „Christlich“ nichts anzufangen weiß, fällt darauf herein! Aber sollte ich zu hell sehen? Sollte das wirklich die Mehrzahl sein? Ich kann und darf es nicht glauben, denn dann müßte ich zuvörderst verzweifeln an der Familie. Dann müßte ich jenen recht geben, die da von der Zerstückelung der Familie sprechen. Nein, ich glaube daran, daß wir noch christliche Familien genug haben, in denen unsere Kinder nicht nur christlich erzogen werden, sondern in denen ihnen auch das praktische Christentum gezeigt wird, sei es im Beispiel, in Belehrung oder Erprobung. Christliche Eltern, meine ich, gibt es noch, die ihre Kinder um sich halten und ihnen erzählen von christlichen Männern und Frauen, die ihr christliches Bekenntnis hinaustrugen aus den engen Mauern der Häuslichkeit, hinein in den Werktag des schaffenden Lebens.

Die ihnen erzählen von der Standhaftigkeit, von der Bekenntnistreue und Charakterfestigkeit jener, die bereit waren, ihr Leben für ihre Ueberzeugung dahinzugeben. Und christliche Eltern, die diese Worte bekräftigen durch ihr eigenes Beispiel. Väter, die ihren Söhnen zeigen, wie sich ein christlicher Mann draußen im Leben bewegt, wie und wo er für seine Sache eintritt, wann er sich absetzt hält und wann die Stunde gekommen ist, da ihn auch der Kampf nicht schreckt!

Und, liebe Freunde, wollt ihr mir klarmachen, die Söhne solcher Väter stehen ihr Christentum verächtlich machen? Es braucht nicht Liebe zu sein — wenn sie nur noch einen Funken Achtung vor ihrem Vater haben, dann kann das nicht immer sein! Dann werden sie den Fußstapfen ihres Vaters folgen, in dem Gedanken, daß ihnen ihr Vater in diesem Vernehmlichnis sein Heiligstes gab.

Es ist eines christlichen Vaters unwürdig, seine Söhne einfach blindlings in sozialistische Organisationen rennen zu lassen. Es ist weiter ein großer Irrtum, anzunehmen, daß die Jungen zur „rechten Zeit“ schon umkehren werden. Diese „rechte Zeit“ wird bei den allermeisten nie mehr kommen. Da spielen dann so vielerlei Umstände, Rücksichtnahmen und Verpflichtungen mit, daß es einfach unmöglich scheint, die Verbindung zu lösen. Und so ist und bleibt der junge Mann für uns verloren. Darf da ein Vater, der ein ganzes Leben lang treu der Bewegung gedient und zur guten Sache gestanden hat, einfach Gottes Wasser über Gottes Erde laufen lassen? Nein, es ist seine Pflicht, alles zu versuchen, von vornherein den Eintritt in die freie Gewerkschaft zu verhindern. Zeigen wir deshalb den jungen Menschen immer und überall, daß unsere Sorge um sie uns etwas Ernste ist, daß es uns wirklich um ihrer selbst willen zu tun ist. Aber wir müssen uns sorgen und nicht gleichgültig am Wege stehen. Wenn wir alle so schaffen, dann werden wir auch einen Weg finden, der die Jungen hinführt zu den Älten, und diese zur Jugend. Wollen wir diesen gemeinsamen Weg betreten, dann ist es selbstverständlich, daß auch die Jugend an einer Selbstbestimmung nicht vorbeikommt. Auch sie muß unter allen Umständen einen Blick in den Spiegel werfen, und wenn sie es nicht selbst tut, dann darf man auch ihr, so man es gut und ehrlich meint, dabei behilflich sein.

Josef Fischer, M.Gloshach.

Ein junger Kollege schreibt:

Jugendgruppen gründen!

In Nr. 16 unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ schrieb ein Kollege: „Selbst uns, die Jugend gewinnen!“ Als Jugendleiter muß ich dazu sagen, daß das nicht so ohne weiteres geht. Gerade an die heutige Jugend ist schwer heranzukommen. Nicht aber, weil sie dem Sport und der Vergnügungslust verfallen ist, sondern weil uns für die Jugendgewinnung noch die geeigneten Kräfte fehlen. Diese Kräfte müssen wir uns suchen und bilden.

Die Jugend wird anders behandelt werden als ein Erwachsener. Sie will geachtet werden. Oft werden die erwachsenen Kollegen den Ansprüchen der heranwachsenden Jugend in diesem Sinne nicht gerecht. Aus diesem Grunde ist es auch falsch, die Jugend einfach zu den Ortsgruppenversammlungen heranzuziehen und zu glauben, damit wäre genügend getan. Dabei wird die Jugend sich selten wohl und richtig verstanden fühlen. Zumal man hier leider nur zu oft die Jüngeren in ungerechter Weise als unerfahrene Menschen abtut.

Die beste Möglichkeit, die Jugend zu gewinnen, liegt darin, daß wir die Jugend in besonderen Jugendgruppen zusammen-schließen. Hier kann die Jugend eine gewisse Selbstständigkeit ausüben und ein Eigenleben führen. Hier wird sie sich bemühen, daß auch sie Verantwortung an dem Arbeiteraufstieg trägt.

Dieses Verantwortungsgesühl wollen wir in der Jugend wecken. Wir wollen sie zu tatkräftigen und opferfreudigen Menschen erziehen. Sie sollen sich bemühen werden, daß auch sie Mitträger, Mitarbeiter und Mitkämpfer der Bewegung sein müssen.

Es ist der Arbeiterschaft, mitlin den christlichen Gewerkschaften, nicht damit geholfen, viel Jugendliche zu gewinnen, wenn wir sie nicht zur Gewerkschaftsarbeit heranziehen und ihr keine Gelegenheit geben, sich zu bilden. Eine Gefahr liegt nicht darin, wenn wir die Jugend zur Mitarbeit heranziehen. Wir müssen uns nur hüten, sie mit Arbeit zu überhäufen. Denn Ueberbürdung führt leicht zum Ueberdruß. Wird die Arbeit dem jungen Menschen erst zu viel, dann ist von ihm nicht mehr viel zu erwarten.

Hat der Junge oder das Mädchen erst den Gewerkschaftsgedanken erfasst, so bestehen keine Hemmnisse und Schwierigkeiten, sie auch den Ortsgruppenversammlungen zuzuführen, wo sie dann nicht selten die besten und eifrigsten Mitglieder werden. Darum ist es notwendig, eine Verbindungsbrücke zwischen Orts- und Jugendgruppe zu schlagen und der Ortsgruppe die jungen Kräfte zuzuführen.

Von diesen Gedanken müssen wir ausgehen, wenn wir die Jugend gewinnen wollen. Wir müssen in allen Ortsgruppen besondere Jugendgruppen gründen, in denen wir die Jugend versammeln, und nichts unterlassen, sie zu schulen und zur Mitarbeit zu gewinnen. Möglichkeiten hierfür sind genügend vorhanden.

Die Parole muß lauten: in jeder Ortsgruppe, und sei es noch so schwierig, Jugendgruppen zu gründen.

Jakob Feuerborn.

Lohnkonflikt in der englischen Baumwollindustrie

Wir haben wiederholt gegen die Unsinngigkeit der deutschen Textilindustriellen Stellung genommen, von einem Lohnabbau eine Besserung der Lage in der Textilindustrie zu erwarten. Bekanntlich berufen sich unsere Industriellen bei ihren Lohnabbauforderungen immer wieder auf die erheblich niedrigeren Löhne in der ausländischen Textilindustrie. Ihre Behauptung ist zu wiederholtem Male von uns widerlegt worden.

Wir haben die Gefahr eines sozialen Dumpings den Arbeitgebern dabei oft genug vor Augen gehalten und darauf hingewiesen, daß die Folgen solcher Forderungen ein gleiches Vorgehen der Arbeitgeber in den Konkurrenzländern sein muß. Unsere Aussage wird neuerdings durch das Vorgehen der englischen Baumwollindustriellen bestätigt. Nachdem bereits vor einigen Monaten die englische Wollindustrie, unter Hinweis auf die niedrigeren deutschen Löhne, einen Lohnabbau erzwang, fordern jetzt auch die Arbeitgeber in der englischen Baumwollindustrie einen erheblichen Lohnabbau. Die Löhne sollen nach ihren Anträgen um 12 1/2 bis 15 Prozent erniedrigt werden. Die Begründung für dieses Vorgehen verweist auf die schwierige Lage der englischen Baumwollindustrie und auf die niedrigen deutschen Löhne in der Baumwollindustrie.

Die englischen Baumwollweber und die Baumwollspinnereibetriebe haben sich zur Erreichung ihres Zieles, die Herabsetzung der Löhne durchzuführen, zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet, so daß der Konflikt sich auf die gesamte englische Baumwollindustrie — Spinnerei und Weberei — ausdehnt. Durch diese gegenseitige Unterstützungsaktion werden von dem Vorgehen der Arbeitgeber rund 400 000 Arbeiter betroffen. Die englischen Textilarbeitergewerkschaften leisten natürlich gegen diese Absichten der Arbeitgeber erheblichen Widerstand, und es ist noch nicht abzusehen, welche Folgen das Vorgehen der Arbeitgeber für die englische Textilindustrie haben wird.

Für die deutschen Baumwollindustriellen sollte das Vorgehen der englischen Baumwollindustriellen eine Warnung sein. Es zeigt aufs neue, wie kurzfristig auch vom industriellen Standpunkte aus die Lohnabbauversuche der Industrie sind.

Der Einspruch gegen die Kündigung

Eine Aussprache.

Von Job Bröckes, Barmen.

Samstagmorgens war es. Der Meister war an meinen Stuhl gekommen. Ein unheimliches Zittern in der Hand. „Ich bringe Ihnen die Kündigung“, so sagte er, und ging weiter.

Kündigung? Mir die Kündigung? Die Gedanken gehen mir durch den Kopf. Nach was für einer?

Um mich Maschinenengasser, Industriehilfsmittel, laufendes Rädergetriebe, Sinnverwirrer stehe ich da. Mein Weibstuhl steht plötzlich still. Die Kopfe sind leer. Allmählich finde ich mich wieder zurecht. Das Fach ist wieder offen, und wieder raselt der Weibstuhl.

Da liegt es, das weiße Stückchen Papier. Inholtschwer für mich. Ich bin also gekündigt. Ueber 14 Tage wird man mir die Arbeitspapiere geben. Dann bin ich arbeitslos. Und doch muß ich sorgen für Weib und Kind! Arbeitslosenunterstützung bekomme ich zwar. Nach mein Verband zahlt mir eine Unterstützung für eine bestimmte Zeit. Aber meine Stelle bin ich los. Ich gehöre mit zu denen, deren Arbeitskraft man nicht mehr will.

„Gekündigt wegen Arbeitsmangel“, so lese ich auf dem Zettel. Darüber grübele ich nach. Arbeitsmangel? Nein, das stimmt nicht! Seitern was der Destinatur noch bei mir am Weibstuhl. Fragte, wann das Stück fertig würde. Denn die Ware wäre sehr eilig. Ich empfinde: diese Kündigung ist eine Waffe gegen dich! Der Grund nur ein Vorwand. Da wird es mir klar.

In der letzten Versammlung hatte ich mich gegen die Ueberarbeit sehr ausgesprochen. Dann hatte ich weiter dem Direktor einige Wahrheiten gesagt. Das hat man mir übel genommen. Deshalb also die Kündigung!

Ich bin im Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands organisiert. Meine Interessen werden dort gewahrt. Also will ich nicht mutlos werden.

Ich überlege weiter: gegen die Kündigung muß Einspruch erhoben werden. Ich gehe zum Arbeiterratsvorsitzenden und erhebe Einspruch gegen meine Kündigung. Ferner begründe ich meinen Einspruch. Im Verlauf unserer Unterhaltung werden einige Fragen besprochen. Auch dem Arbeiterratsvorsitzenden erscheint der angegebene Kündigungsgrund nur als ein Vorwand, mich auf die Straße zu setzen.

Ich werde baldigt eine Arbeiterratsitzung einberufen, damit die Fristen gewahrt werden. Weiter auch deshalb, um nach Möglichkeit zu versuchen, eine Einigung mit der Firma zu erzielen. Vielleicht nimmt sie die Kündigung zurück.

Die Fristen gewahrt werden. Dies habe ich deutlich verstanden, aber das Wozu und Warum nicht erkannt. Nun frage ich: „Kollege, was hast du soeben von den Fristen gesagt?“

Da sieht mich der Arbeiterratsvorsitzende groß an und fragt: „Das weißt du nicht? Ich setze bei jedem Gewerkschaftler voraus, daß er doch die Gesetze kennen muß, die ihn schützen.“

Kleinlaut sage ich ihm, daß ich es nicht müßte, wohl hätte ich schon etwas davon gehört, aber ich hätte mich nie mit den Dingen beschäftigt.

Dann sagte er: „Leider beschäftigen sich die wenigsten Arbeiter mit den Gesetzen zu ihrem Schutze. Wenn mehr als bisher der Arbeiter geistig lebendig wird, so kann nach vielem möglich gemacht werden. Dann kann die Arbeiterschaft auch wirklich mehr Rechte für sich in Anspruch nehmen. Leider ist der Stumpfsinn in den Massen so groß, und der einzelne wird erst aus dem Bewußtsein geweckt, wenn er etwas Ungerechtes empfindet.“

Der Arbeiterratsvorsitzende hatte Recht. Ich werde es nachholen. Diesen Voratz sagte ich.

Dann frage ich nach dem Verfahren. Gerne gibt mir der Arbeiterratsvorsitzende Auskunft. „Du hast jetzt Einspruch erhoben gegen deine Kündigung. Den Einspruch hast du auch begründet. Ich muß nun auf Grund des § 86 des Betriebsrätegesetzes eine Arbeiterratsitzung einberufen mit der Tagesordnung, daß du gekündigt wurde und Einspruch erhoben hättest. Ich werde sofort alle einladen. Denn ich muß darauf achten, daß der Arbeiterrat auf Grund des § 32 B.R.G. beschlußfähig ist. In der Sitzung muß durch Abstimmung ein Beschluß herbeigeführt werden, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Arbeiterrat die Einspruchsgründe als berechtigt anerkannt hat. Ueber den Verlauf der Sitzung muß ein Protokoll verfaßt werden. Dies ist vom Vorsitzenden und Schriftführer zu unterzeichnen.“

„Doch mit dieser Sitzung ist die Tätigkeit des Arbeiterrats noch nicht erledigt. Wir müssen dann in der Gesamtheit des Arbeiterrats eine neue Sitzung anberaumen. Zu dieser Sitzung muß der Arbeitgeber schriftlich eingeladen werden mit Angabe der Tagesordnung. Wir haben nun in dieser Sitzung mit dem Arbeitgeber oder dessen Vertreter zu verhandeln, ob die Kündigung zurückgenommen wird. Lehnt der Arbeitgeber oder sein Vertreter dies ab oder erscheint er nicht zur Sitzung, so ist diese als gescheitert zu betrachten. Auch über diese Sitzung muß Protokoll geführt werden. Das angefertigte Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Arbeitgeber oder dessen Vertreter zu unterschreiben.“

„Ist dann alles erledigt, wenn der Arbeitgeber die Kündigung nicht zurücknimmt?“ so frage ich.

„Nein“, gibt der Vorsitzende des Arbeiterrats mir zur Antwort.

„Dann müssen wir Klage erheben am Arbeitsgericht.“

„Wozu denn die Klage?“ frage ich weiter.

„Sicherlich kann ich das, aber es ist zweckmäßiger, daß dieselbe im Gewerkschaftsbüro angefertigt wird. Der Kollege, der die Klageschrift anfertigt, wird auch die Vertretung des Prozesses übernehmen. Im Namen der Arbeiterschaft unseres Betriebes klagt er. Diese ist durch den Arbeiterrat gesetzlich vertreten. Den Arbeiterrat vertritt wieder der Arbeiterrats-

vorsitzende. Dieser erteilt dann dem angestellten Kollegen Prozeßvollmacht. Wenn man so die Sache macht, dann entstehen keine Prozeßkosten. Denn die Arbeiterschaft klagt durch ihre öffentlich-rechtliche Körperschaft, den Arbeiterrat.“

„Du hast doch vorhin von Fristen gesprochen. Das verstehe ich noch nicht. Ich bitte um eine Erklärung.“

„Die will ich dir gerne geben“, entgegnet der Vorsitzende.

Dann erzählt er:

„Nachdem du deine Kündigung erhalten hattest, begann eine fünf-Tage-Frist für dich zu laufen. In dieser Frist mußt du Einspruch erheben. Es ist zu berücksichtigen, daß die Sonn- und Feiertage mitzählen. Fällt der Fristablauf auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist der nächste Wochentag der letzte Freitag. Wenn du die Frist verläßt, ist nichts mehr zu retten. Die Kündigung ist dann unter allen Umständen mehr zu beanstanden. — Der Arbeiterrat hat im Anschluß an die Frist von fünf Tagen sieben Tage Zeit, um mit dem Arbeitgeber zu verhandeln, unter Einschluß der schon vorhin erwähnten besonderen Arbeiterratsitzung.“

Endigt die Frist von sieben Tagen, so bleiben noch fünf Tage übrig. Während dieser Zeit muß die Klage am Arbeitsgericht eingereicht werden. Wenn die einzelnen Fristen voll ausgenutzt werden, ist die Klage am 17. Tage nach der erfolgten Kündigung rechtzeitig am Arbeitsgericht.

Es ist aber nicht zweckmäßig, die Fristen voll auszunutzen. Denn das gesamte Verfahren muß abgekürzt werden, indem recht schnell die Klage am Arbeitsgericht eingereicht wird. Es ist doch zu machen, daß der Gekündigte sofort Einspruch beim Arbeiterratsvorsitzenden erhebt. Dieser kann dann am selben Tage die Sitzung des Arbeiterrats anberaumen. Weiter ist es möglich, die Sitzung mit dem Arbeitgeber oder dessen Vertreter abzuhalten. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, schnell das Prozeßverfahren einzuleiten. Dies kann der Arbeiterschaft nur dienlich sein. Auch haben die Arbeitsgerichtsbehörden Interesse daran, daß Klagen baldigt eingereicht werden. Den Arbeitsgerichtsbehörden ist dadurch eine übersichtliche und schnelle Arbeit ermöglicht.

Die Klage hat den Zweck, zunächst einmal zu ermöglichen, daß die Kündigung zurückgezogen wird bezw. die Wiedereinstellung erfolgt. Wird die beklagte Firma diesem Antrage nicht entsprechen, dann muß sie eine bestimmte Summe zahlen, um sich von dem Arbeiter loszukaufen. Dieser Betrag richtet sich nach einem Zwölftel des Jahresarbeitsverdienstes. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es möglich ist, diesen Betrag bis zu sechs-mal zu erhöhen. Hier muß in Anrechnung gestellt werden, wie lange der Gekündigte im Dienste der Firma beschäftigt war.“

Nach einem herzlichen Dankeswort verabschiedete ich mich von dem tüchtigen Vorsitzenden. Mir war es klar geworden, daß ich mich mit vielen Dingen noch beschäftigen muß. Ich werde es tun, selbst wenn ich einige Opfer bringen muß. Mir fällt es nie schwer, von den Augen: die Arbeiterschaft wird in Zukunft einen Kampf mit geistigen Mitteln führen müssen. — Ich will freudiger Mitkämpfer sein.

Eine soziale Pflicht!

Zu den Lohnverhandlungen für die Textilindustrie von Köln und Umgebung

Im Laufe des letzten Jahres sind die Lebensverhältnisse für die Arbeiterschaft nicht besser, sondern schlechter geworden. Besonders der harte und lange Winter zwang auch die Arbeiterfamilien dazu, ihr karges Einkommen restlos für Nahrungsmittel, Brand und Licht auszugeben. Um die Deckung dieser Auslagen zu ermöglichen, mußten andere zwingende Notwendigkeiten zurückgestellt werden; dadurch wirkt die Not noch auf lange Zeit nach.

Besonders die Arbeiter von Köln und Umgebung haben das zu spüren bekommen. Deshalb beschloß die gemeinsame Funktionalärkonferenz der beiden Textilarbeiterverbände im April, den Lohnstarif für die Textilindustrie von Köln und Umgebung zum 31. Mai 1929 zu kündigen. Die Forderungen waren auf 15 Prozent Lohnhöhung für den Spitzenlohn der Hilfsarbeiter abgestellt. Für die Weiblichen und Jugendlichen wurde etwas mehr gefordert, da deren Löhne gegenüber den Lohnsätzen in den übrigen Textilbezirken des Rheinlandes zurückblieben. Ferner wurde die Aufhebung des Ortsklassenabzuges für Beuel beantragt, der tatsächlich nicht berechtigt ist. Ebenso wurde eine prozentuale Steigerung der Branchenzuschläge gefordert.

Diesen berechtigten Forderungen setzte der Arbeitgeberverband ein hartes „Nein“ entgegen. Wie schon seit Jahren, führte uns auch jetzt der Weg zum Schlichtungsausschuß. Derselbe tagte am 16. Juni 1929. Fünf Stunden dauerte die Verhandlung. Eine freiwillige Verständigung war nicht möglich, da nach Ansicht der Arbeitgeber eine Lohnhöhung nicht tragbar und die jetzigen Lohnsätze der Arbeiterschaft ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren.

Die Firma Felten u. Guilleaume, Seilere und Hanfspinnerei, sowie die Vereinigten Jute-, Jute- und Webereien in Beuel verlangten, von jeder Lohnhöhung ausgenommen zu werden. Grobmütig erklärten die Arbeitgeber, von einem Lohnabzug Abstand nehmen zu wollen und verlangten die Verlängerung des bestehenden Lohnstarifs um ein Jahr.

Der Erfolg.

Diesem Ansinnen konnten die Gewerkschaften aus den oben angeführten Gründen nicht zustimmen. Da eine Vereinbarung nicht zustande kam, fällt der Schlichtungsausschuß mit Stimmenmehrheit nachstehenden

Schiedspruch:

1. Der zum 31. Mai 1929 gekündigte Lohnstarif wird ab 1. Juni erneut in Kraft gesetzt. Mit Beginn derjenigen Lohnwoche, in die der 16. Juni fällt, erhöht sich der tarifliche Spitzenlohn der Hilfsarbeiter von 70 Pfg. auf 74 Pfg., der Handwerker von 88 Pfg. auf 87 Pfg., der Spitzenlohn der Hilfsarbeiterinnen von 47 Pfg. auf 50 Pfg.

Die Löhne der übrigen männlichen und weiblichen Altersklassen bleiben im bisherigen Verhältnis, zum diesbezüglichen Spitzenlohn. Abrundung wie bisher. Tarifliche Wochenlöhne erhöhen sich im gleichen Verhältnis.

2. Die Branchenstundenlöhne des Tarifs werden um 4 Pfg. bzw. 3 Pfg. erhöht.
3. Die tariflich festgesetzten Branchenzuschläge bleiben bestehen. Ziffer 5 der alten Regelung bleibt, wo keine Umrechnung stattfand, bestehen.
4. Dieser Vertrag ist mit Monatsfrist, erstmalig zum 31. Dezember 1930 kündbar.
5. Erklärungsfrist bis Samstag, den 15. Juni, mittags 12 Uhr gegenüber dem Schlichtungsausschuß.

gez.: Zur nieden.

Dieser Schiedspruch bringt der Kölner Textilarbeiterchaft längst nicht das, was notwendig wäre. Dennoch haben die Funktionäre der Gewerkschaften in Anbetracht der Gesamtsituation denselben angenommen. Klugerweise haben nunmehr auch die Arbeitgeber den Schiedspruch unter der Bedingung angenommen, daß der Manteltarif und das Ueberarbeitszeitabkommen mit derselben Laufdauer, also bis zum 31. Dezember 1930, verlängert würde.

Nach langer und eingehender Ermägung aller Schwierigkeiten stimmen die Gewerkschaften auch diesem Vorschlag zu. Damit gilt also die neue Lohnhöhung mit der Lohnwoche, in welcher der 15. Juni fällt.

Und eine Erwägung.

Nun noch anschließend einige Gedanken zu dieser Lohnbewegung. In den Betrieben haben die Kollegen und Kolleginnen oft die Frage aufgeworfen: „Bekommen wir nicht bald eine Lohnhöhung?“ Besonders lebhaft fragten die Unorganisierten danach. Ja, haben wollte man schon, aber „Mitarbeiter“, „Arbeiter“, stellen und dieselben beim Arbeitgeberverband und Schlichtungsausschuß vertreten, das müssen selbstverständlich die Gewerkschaften tun. Man heimst jetzt das Mehr des Lohnes ein und bleibt schön weiter den Gewerkschaften fern. Vielleicht nörgelt man gar noch weiter über den „Verrat der Gewerkschaften“.

Ist das recht? Ist das anständig? Zeugt das von Anerkennung der gewerkschaftlichen Tätigkeit? Es ist wirklich an der Zeit, daß auch die Textilarbeiter und Arbeiterinnen von Köln und Umgebung das beherzigen, was das „Kölpingblatt“ Nr. 4/1929 über die Gewerkschaften geschrieben hat:

„Was die Arbeiterschaft bis heute erreicht hat, verdankt sie den Gewerkschaften. Wenn wir offen und ehrlich sind, müssen wir dies zugeben. Wir möchten dies betonen, weil gerade in den letzten Jahren, sowohl auf Seiten der Arbeiterschaft als auch auf Seiten der katholischen Gelehrten, so mancher Zweifler an der Gewerkschaftsarbeit entstanden ist. Die Gewerkschaften haben wohl manches erreicht, sagen sie, aber die Ueberwindung des liberalen und kapitalistischen Wirtschaftssystems ist ihnen dennoch nicht gelungen. Es ist allzu leicht, ein wundervolles Zukunftsbild an die Wand zu malen und gegen das liberale und kapitalistische Wirtschaftssystem zu hegen. Was will man aber heute an seine Stelle setzen? Der Arbeiter verliert durch die einseitige Predigt von der radikalen Umänderung der Wirtschaftsordnung den Sinn für das, was praktisch erreicht werden kann. Der ewige Hinweis auf die radikale und gänzliche Beseitigung der heutigen Wirtschaftsordnung erzieht nur Leute, die ewig das „Große“ wollen und für die praktische Tagesarbeit keinen Sinn haben. Und doch hat die Tagesarbeit der Gewerkschaften das kapitalistische und liberale Wirtschaftssystem empfindlich getroffen und zu dessen allmählicher Beseitigung mehr beigetragen, als alle Aufstellungen von schönen Zukunftsplänen.“

Ein Gewerkschaftssekretär, der bei Lohnverhandlungen für die Besserung der Löhne sorgt, der beim Arbeitsgericht die Interessen des Arbeitnehmers vertritt, leistet mehr für die Arbeiter-

schaft, als die Pläneschmieder, die die Arbeiterschaft immer nur auf ein schönes Zukunftsland hinweisen, aber nie zum praktischen Handeln im Kleinen kommen.“

Möge die Arbeiterschaft dazu die Schlüsselworte befolgen, die der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gesagt hat:

„Es ist für ihn (den Arbeiter) daher auch eine soziale Pflicht, sich zu organisieren.“

Lage in der Textil- u. Bekleidungsindustrie

Die an und für sich ungünstige, aber gegenüber dem Vormonat doch etwas besser gewordene Lage in der deutschen Textilwirtschaft hat sicherlich keine Besserung dadurch erfahren, daß die Arbeitgeber in den Bezirken, in denen der Beschäftigungsgrad ein besonders ungünstiger war, noch den letzten arbeitenden Mann aus den Betrieben herausholten, also die Arbeiter „ausperrten“. Wenn auf allen Gebieten der Textilwirtschaft eine solche, auch geschäftlich kurzfristige Politik betrieben wird, dann ist die ungünstige Lage des Gewerbes nicht verwunderlich, obwohl bei der Wirtschaftslage gerade in dem so mannigfaltigen Textilgewerbe auch noch viele andere Umstände, nicht zuletzt die Lage auf dem Rohstoffmarkt und den in- und ausländischen Absatzmärkten mitsprechen. Aber trotzdem muß einmal festgestellt werden, daß ein schwer abwägbarer Teil des Rückganges auch kurzfristiger Geschäftspolitik zuzuschreiben ist. So mußte der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Chemnitzer Aktienspinnerei in der letzten Generalversammlung offen zugeben, daß die Fehler der Verwaltung der Chemnitzer Aktienspinnerei, die wegen ihrer großen Verluste liquidieren muß, an dem Zusammenbruch schuld wären und daß dadurch 1500 Arbeiter und Angestellte brotlos werden. Der Generaldirektor dieser so schlecht geleiteten Gesellschaft wurde fristlos entlassen und außerdem gegen ihn Regressansprüche gestellt. In den letzten Wochen sind eine Anzahl Abschlässe großer Textilkonzerne veröffentlicht worden. Die Berlin-Gubener Hulsfabriken verteilen 16 v. H. Dividende und bemerken dazu recht bezeichnender Weise, daß das abgelaufene Geschäftsjahr auch für die Futindustrie ein Absinken der Konjunktur brachte (!). Die Norddeutsche Wollkämmerei- und Spinnerei klagt sehr über unbefriedigenden Verlauf des Geschäftsjahrs, verteilt indes immer noch 8 v. H. Dividende neben einem Extrabonus auf ihre holländischen Tochteraktien. In dem Bericht heißt es aber weiter, daß der Auftragsbestand seit Jahresbeginn um 50 v. H. gestiegen wäre, im Inlande gleichermäßen wie im Auslande, und die volle Produktion sei wieder aufgenommen. Der Blumenfeinkonzern, eine der Bank für Textilindustrie nahestehende Gruppe, die besonders in der Jute-, Flachs- und Leinenindustrie eine große Anzahl Fabriken besitzt,

verteilt trotz der angeblich schlechten Lage in der Leinen- und Flachsindustrie wie im Vorjahre 8 v. H. Die in Ostfriesland ausfallende Vereinigten Deutschen Textilwerke AG. in Zittau bringen diesmal eine Dividende nicht zur Ausschüttung (i. V. sechs Prozent) und schieben die Ungunst auf den Notstand der Landwirtschaft, auf den harten Winter und ganz richtig auf den Umstand, daß die Bevölkerung in schlechten Zeiten stets zu allererst an der Kleidung spart. Sie äußern sich aber nicht darüber, in welchem Ausmaße die Aussparungen in Ostfriesland zu dem schlechten Betriebsergebnis beigetragen haben.

Die Lage in den einzelnen Zweigen der Textil- und Bekleidungsindustrie ist uneinheitlich. Sehr darnieder liegt nach wie vor die Leinen- und Flachsindustrie. Im Baumwollgewerbe weisen eine Anzahl Betriebe und Bezirke eine teilweise befriedigende Beschäftigung auf, insbesondere herrschte nach bedrückten Stoffen und sonstigen Sommerartikeln eine lebhaftere Nachfrage. Die Wollindustrie geht an die Bearbeitung ihrer Winteraufträge heran, wenn sie auch nicht allzu reichlich eingegangen sind. Die Kunstseidenindustrie verzeichnet einen recht guten Absatz, während die Naturseide unter der Einfuhr minderwertiger Auslandsware zu klagen hat. Die meisten Betriebe des Textil- und Bekleidungsgebietes haben jedoch nicht allzu reichliche Aufträge auf lange Sicht vorliegen, indes ist der Lagerbestand in den Fabrikationsstätten und auch im Handel kein besonders großer, so daß mehr kurzfristige Bestellungen in kleineren Posten Zug auf Zug einlaufen.

Reichsjugendtag der christl. Gewerkschaften

Die Vorbereitungen für den Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften, der bekanntlich am 10. und 11. August 1929 in Köln stattfindet, schreiten rüstig voran. Wie stark die Beteiligung werden wird, das ersehen wir schon daraus, daß allein für die Rheindampferfahrt rund 9000 Teilnehmer bisher angemeldet wurden, während Tausende statt der Dampferfahrt eine Wanderung rheinaufwärts oder eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten von Köln vornehmen.

Auf der Delegiertentagung am Sonnabend werden alle wichtigen Jugendprobleme eingehend durchberaten. Insbesondere wird der Punkt der Tagesordnung: „Die Gedankenwelt der christlichen Arbeiterjugend“, Gelegenheit geben, zu der Frage der „religiösen“ Sozialisten und ihrer neuen Abart der „katholischen Sozialisten“ positive Stellung zu nehmen. Einen breiten Raum in den Verhandlungen wird auch die Erörterung des Themas: „Die werktätige Jugend in Wirtschaft und Staat“, beanspruchen. Endlich soll der organisatorische Aufbau der Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften besprochen werden. Der Sonnabendnachmittag wird von den Berufsverbänden zur Behandlung spezieller Berufsangelegenheiten benützt werden.

Den Mittelpunkt der gesamten Tagung bildet die Rundgebung in der großen Messhalle am Sonntagvormittag um 11 Uhr, auf der Landessekretär Kaiser (Köln) sprechen wird über: „Die Verantwortung der Jugend für den Aufstieg der Arbeiterschaft“

Sozialpolitik und Weltwirtschaft

Immer wieder wird versucht, Sozialpolitik und Wirtschaft als zwei weisensfremde Elemente hinzustellen, die gegeneinander nicht nur fremd, sondern feind sein müssen. Und doch gehören beide zusammen. Ohne eine gute Sozialpolitik ist eine blühende Wirtschaft nicht möglich und umgekehrt. Das wird bei all den Erörterungen meist vergessen, vergessen wird aber auch, daß unsere Sozialpolitik in starkem Maße von ethischen Gesichtspunkten getragen wird, daß sie ein hohes Kulturgut ist. Wird dieses Gut zerstört, dann verliert unser Volk auch andere Werte.

Diese Gedanken stellte der frühere deutsche Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in den Vordergrund einer Rede, die er als Präsident der 12. Tagung der internationalen Arbeitskonferenz in Genf hielt. Einleitend bemerkte der Redner, daß der Gedanke der Sozialpolitik ja nicht mehr neu sei. Ueberall, wo die moderne Industrie sich entwickelte, wo die Menschen in großen Städten und großen Betrieben sich zusammenballen, wächst aus der allgemeinen Fürsorge für Arme und Glende die besondere Form der Arbeiterschutz- und Arbeitsverforgungspolitik heraus. Eine solche Politik nennen wir Sozialpolitik. Der Weltkrieg wurde mit seinen ungeheuren Folgen ein starker Antrieb dieser Sozialpolitik. In den schweren Notzeiten mußte den Gefühlen der Volksgemeinschaft durch eine umfassende Fürsorge stärker Ausdruck gegeben werden. Neue Schichten mußten in die Fürsorge einbezogen werden, weil die Kriegsfolgen ihnen die Daseinsgrundlagen, Verdienstmöglichkeit und Vermögen entzogen. In allen Ländern erfährt der Aufgabenkreis der Sozialpolitik eine ständige Erweiterung.

In den Zielen der sozialen Bestrebungen zeigt sich eine deutliche Wandlung in dreifacher Hinsicht. Die Staatsfürsorge wendet sich nicht mehr ausschließlich, ja nicht einmal mehr vorwiegend, den Arbeitsunfähigen, den Kranken, Alten, Invaliden zu, sondern immer mehr auch den Gesunden, Arbeitsfähigen. Damit ist folgerichtig verbunden, daß nicht mehr die Versorgung Schwacher, sondern die Vorbeugung gegen die Schwäche im Vordergrund steht. Deshalb sehen wir überall eine Entfaltung des Arbeiterschutzes.

In der Sozialversicherung, die sich nach Umfang und Inhalt bedeutsam entwickelt, tritt neben die Rente als gleichberechtigt das Streben nach Vermeidung der Rentenbedürftigkeit durch Hebung der Volksgesundheit, vorbeugende Heilverfahren und vor allem auch durch Mutterchutz.

Nicht weniger bedeutsam als diese menschenökonomischen Zweige der Sozialpolitik ist ihre Ausweitung durch eine systematische Arbeitsmarktpolitik.

In einer vor dem Kriege nie geahnten Weise versucht der Staat die Arbeitermassen unter schwerster Gefahr der heutigen Wirtschaft vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren oder wenigstens die Folgen der Verdienstlosigkeit zu mindern. Damit wird ein Schritt von grundsätzlicher sozialer Bedeutung getan. Dem Staat die Unsicherheit der Existenz aus dem Leben der in abhängiger Arbeit tätigen Millionen nimmt oder sie merkbar einschränkt, so trifft er damit den Kern der sozialen Frage.

Der Ausbau des Arbeitsrechts ist einer von den letzten Versuchen, die früher tatsächlich rechtliche Benachteiligung der Arbeitnehmer zu beseitigen. Darin kann man das allerwichtigste Stück der heutigen Sozialpolitik sehen. Sie führt nicht nur den arbeitenden Massen die segensreichste Bedeutung des Staates vor Augen, bringt sie zur Anerkennung, zur Würdigung des Staates, sondern sie schafft auch die Vorbedingungen für die Mitarbeit dieser Massen im Staate. Neben dem Vermögensrecht, das mit dem Eigentum dem Besitzen den nicht nur die Macht über die Sachen gibt, sondern auch über die Menschen, tritt das Arbeitsrecht, das bewußtes Menschenschutzrecht ist, das also Leben,

Gesundheit und Arbeitskraft, die in fremdem Dienste stehen, vor Schädigung durch mißbräuchliche Ausnutzung sichert. Wir Deutschen sind auf neue Wege zur Lösung dieser Aufgabe gedrängt. Man kann diesen neuen Weg mit einem Wort als kollektives Arbeitsrecht bezeichnen. Eine wirklich vertragsmäßige Regelung der Arbeitsbedingungen setzt aber eine kollektive Willensbildung der Unternehmer voraus. Das ist auch ein Grundgedanke des Betriebsratsgedankens. Die Freiheit von dem Unternehmer haben andere Organisationen in langem und zähem Kampf gegen die Unternehmer und vielfach auch gegen die Staatsgewalt erungen, es sind die Gewerkschaften und Berufsvereine. Daß sie heute in der Verfassung und im Arbeitsrecht anerkannt und zur Grundlage der Arbeitsregelung gemacht sind, das scheint der bedeutsamste Wandel in der Sozialpolitik vieler Staaten zu sein. Der einzelne Arbeiter oder Angestellte kann keine Arbeitsbedingungen nicht mehr nach eigenem Belieben regeln, sondern er ist an das gebunden, was seine Gewerkschaft mit dem Arbeitgeberverband vereinbart hat. Der Vertragschluß mit dem einzelnen tritt praktisch immer mehr zurück, denn der Inhalt des Vertrages ist heute zum Teil vorausbestimmt.

Die treue Erfüllung des Tarifvertrages ist heute die Grundlage des Arbeitsmarktvorhehs. Diese bedarf der Verbandstreue der Mitglieder ebenso wie des Anschlusses möglichst vieler Berufsgenossen an den Verband. Die Organisation, die im übrigen Wirtschaftsleben oft mehr ein Vorteil des einzelnen ist, bedeutet für die Arbeitnehmer in viel höherem Maße eine Notwendigkeit und daher eine soziale Pflicht. Deswegen ist das Recht der Berufsvereine und ihrer Betätigung zu einem der wichtigsten, wenn auch schwierigsten Probleme unserer Sozialpolitik geworden. Der heutige Staat begnügt sich nicht mit der Anerkennung der Tarifverträge. Er leistet durch sein Schlichtungsweesen Beihilfe zum Abschluß, und in einzelnen Staaten schließt er auch die Lücken, die sich aus dem Nichtzustandekommen einer Vereinbarung trotz behördlicher Vertragshilfe ergeben, in dem er den Schiedspruch für verbindlich erklärt und damit den Parteien einen Tarifvertrag aufnötigt, den er im Gesamtinteresse für notwendig und im Verhältnis der Verteilung zueinander für billig hält. Dieser in Deutschland zur Zeit lebhaft umkämpfte Gedanke des Zwangstarifs hängt eng zusammen mit der Verhütung von Arbeitskämpfen. Der Staat tritt als Schiedsrichter in den Streit und zwingt die Beteiligten zum Frieden. Maß und Ziel dieses Zwanges sind noch ebenso unstritten wie die weitere Frage, ob der Staat auf dem Wege der Schlichtung eine gewisse Systematik der Lohnpolitik betreiben soll. Hier liegt ein wichtiges Problem der Sozialpolitik. Das Arbeitsrecht, in erster Linie verfassungsrechtlich, wird in steigendem Maße zum Gemeingut der Sozialwissenschaft. Die Anfänge einer Berufsverfassung sind unverkennbar, und der Gedanke der Betriebsverfassung hat in den verschiedenen Betriebsratsgesetzen Verwirklichung gefunden, allerdings meist unter Beschränkung auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Aber es finden sich in dem Gesetz auch deutlich Anzeichen dazu, der Verfassung mit bestimmenden Einfluß auf die Leitung des Betriebes und auf die Gestaltung der Produktion zu geben.

Die Arbeitszeit muß so geregelt werden, daß dem Arbeitnehmer Zeit, Kraft und Stimmung bleibt, seinen Aufgaben als Familienvater, Staatsbürger, als Kulturmensch, gerecht zu werden.

Eine Fülle gewaltiger Aufgaben steht vor uns. Sie zu lösen ist in erster Linie die Sozialpolitik der einzelnen Staaten befürwortet. Aber in dem Maße, in dem die Sozialpolitik aus der Fürsorge in die Volkswirtschaftspolitik hineinwächst, steigert sich auch die Bedeutung internationaler Verständigung.

Das Internationale Arbeitsamt

Von Ernst Wald, Berlin.

Das Internationale Arbeitsamt kann über ein Jahr guter Erfolge berichten. Das gilt vor allem im Hinblick auf die überaus rasch vielen Ratifikationen internationaler sozialpolitischer Übereinkommensentwürfe, die im letzten Jahre vollzogen wurden. Die Zahl der Ratifikationen hat vom 15. März 1928 bis 15. März 1929 um nicht weniger als 70 zugenommen. Eine so große Zahl von Ratifikationen ist in keinem früheren Jahre auch nur annähernd erreicht worden. Der Erfolg ist umso eindrucksvoller, als das Internationale Arbeitsamt in seinem vorigen Jahresbericht eine gewisse Ratifikationsmüdigkeit feststellen mußte. Insgesamt sind bis zum 15. März d. J. 342 Ratifikationen erfolgt. Deutschland steht mit nur neun Ratifikationen nicht an vorteilhafter Stelle. Die Ziffern sind aber inzwischen bereits überholt; die Zahl der deutschen Ratifikationen hat sich auf 13 erhöht, und weitere deutsche Ratifikationen sind in nächster Zeit zu erwarten. Außerdem dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, vorzugsweise solche Übereinkommensentwürfe ratifiziert zu haben, die eine hochentwickelte soziale Schutzgesetzgebung voraussetzen und darum nur von den wenigsten Staaten bisher angenommen worden sind.

Man darf die Bedeutung der Ratifikationen nicht über-treiben und sie nicht zum alleinigen Gradmesser für die Entwicklung der internationalen Sozialpolitik machen. Denn es ist ein großer Unterschied, ob ein kleiner, industriell unentwickelter Staat ein Übereinkommen ratifiziert, das sich in der Hauptsache auf die Industrie erstreckt und dessen Vollziehung durch Staaten ohne Industrie darum kaum mehr als eine schöne Geste bedeutet. Ebenjowenig darf man jene sozialfürsorgliche Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes übersehen, die zahlreichere Staaten anspornt, überhaupt erst einen Anfang mit dem Arbeitnehmerschutz zu machen, und die nicht immer gleich zu Ratifikationen führen kann.

Noch wichtiger ist es, in welchem Maße die bedeutsamsten, hohe soziale Leistungen fordernden Übereinkommensentwürfe Annahme finden. Die Frage nach den Ratifizierungsaussichten des Washingtoner Achtstundentagsübereinkommens drängt sich hier auf. Auch diese Sorgenfrage des Internationalen Arbeitsamtes sieht sich jetzt freundlicher an. Nachdem schon früher Reichsarbeitsminister Wiffell erklärt hatte, daß das Reichskabinett in absehbarer Zeit dieser Frage näherzutreten würde, hat jetzt auch die neue englische Regierung wissen lassen, daß sie an die Ratifizierung des Achtstundentagsübereinkommens herangehen werde. Diese Erklärungen bedeuten für das Internationale Arbeitsamt einen Prestigeerfolg, der nicht gering veranschlagt werden darf.

Interessante Kapitel des Jahresberichts sind den Beziehungen zu den kirchlichen Gemeinschaften und zu den Organisationen der christlich-nationalen Arbeitnehmer gewidmet. Von der christlichen Kirche beider Konfessionen stellt der Bericht fest, daß sich in ihnen der soziale Sinn immer mehr belebt, und wir vermerken gern, daß dabei die kirchliche Sozialarbeit in Deutschland einen hervorragenden Platz einnimmt. Wir begrüßen es auch, daß sich das Internationale Arbeitsamt bemüht, den berechtigten Ansprüchen der christlich-nationalen Arbeitnehmer auf eine bessere Vertretung in der internationalen Arbeitsorganisation zur Anerkennung zu verhelfen. Wir müssen allerdings befürchten, daß der Mangel, hierauf die Aufmerksamkeit des Internationalen Arbeitsamtes hinzuwenden, noch recht häufig wiederkehren wird.

Die Vertretung Deutschlands im Beamtenschaftskörper des Internationalen Arbeitsamtes konnte im Berichtsjahre verstärkt werden. Auf einen neugeschaffenen leitenden Posten wurde Ministerialdirektor Dr. Ritter vom Reichsarbeitsministerium berufen, so daß Deutschland endlich die ihm schon lange zustehende Vertretung in der Leitung des Internationalen Arbeitsamtes besitzt. Auf der anderen Seite weist die Internationale Arbeitsorganisation noch immer Schwächen auf, die wir vom sozialpolitischen Standpunkt aus bedauern. Die Arbeitnehmervertretung in den Organisationen der Internationalen Arbeitsorganisation wird nahezu monopolartig von den sozialdemokratischen Arbeitergewerkschaften beherrscht. Die christlich-nationalen Arbeitnehmer einschließlich der Angehörigen sind trotz einiger Fortschritte noch nicht zu ihrem vollen Recht gekommen. Die Gleichberechtigung der deutschen Sprache als Amtssprache ist noch immer nicht ganz hergestellt und auch unbedingte Angriffe ausgeübt. Zahlreiche wichtige Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes erscheinen erst mit großer Verzögerung in deutscher Sprache, und auch die deutsche Vertretung im Beamtenschaftskörper des Internationalen Arbeitsamtes kann, wenngleich hier gerade anerkanntswürdige Fortschritte erreicht wurden, nicht voll befriedigen. Hoffen wir darum und arbeiten wir daran, daß der nächste Jahresbericht des Internationalen Arbeitsamtes nicht nur für die internationale Sozialpolitik, sondern auch für Deutschlands Geltung in der internationalen Sozialpolitik neue Fortschritte verzeichnen kann.

Jugendbewegung

Wimpelweihe der Jugendgruppe Osnabrück.

Einigen freibeweglichen jungen Mitgliedern in Gemeinschaft mit dem Sekretariatsbeamten war es gelungen, auch hier eine Jugendgruppe zu gründen. Ein guter Jugendführer war vorhanden. Die Gruppe hat bereits ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Als Anerkennung wurde ihr ein Wimpel verliehen. Es konnte deshalb die Wimpelweihe vor sich gehen. Fast alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts waren zu dieser Feier erschienen. Auch eine Anzahl der alten Mitglieder, besonders aus dem Vorstand, nahmen teil. Die Leitung hatte der Vorsitzende der Jugendgruppe, Kollege Reichle, Kollege Lauxtermann als Vorsitzender der Ortsgruppe beglückwünschte die Jugendgruppe zu diesem ihrem Ehrentag. Kollege Arktiter (Rheine) hielt die Weihe-rede. Er feierte besonders die Jugendlichen eines echten Gewerkschaftlers: Mut (Bekennermut, Opfermut), Treue und Disziplin. Bekenner- und Opfermut müssen alle christlichen Gewerkschaftler besitzen, besonders aber dort, wo wir in der Minderheit sind. Treue haben die Alten in unendlich schwierigen Zeiten bewiesen. An der Jugend ist es nun, beruht in die Fußstapfen der Alten zu treten. Die Stützkräfte und der Tatendrang der Jugend muß sich mit der Erfahrung der Alten verbinden. Auf diese Weise müsse es der vereinten Kraft der Jugendgruppe und den Alten gelingen, die Ortsgruppe ein gutes Stück voranzubringen.

Anschließend übertrug der Kollege Vogt vom christlichen Metallarbeiterverband die Grüße des Ortskartells. Dann trat der Humor in seine Rechte. Deklamationen und Vorträge wechselten mit Musikstücken der noch jungen Mandolinengruppe. Auch eine Verlosung von nützlichen Gegenständen war vor-gesehen.

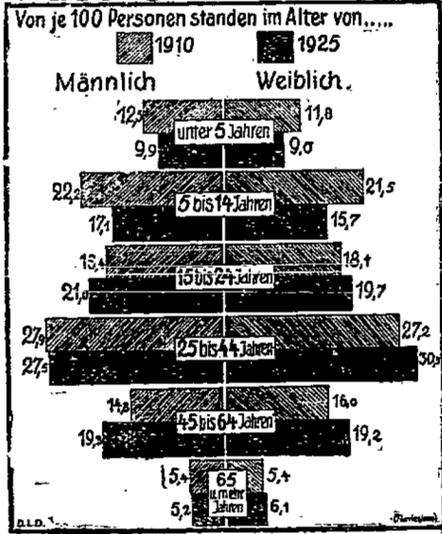
Die Jugendgruppe Osnabrück kann mit dem Verlauf der Veranstaltung zufrieden sein; aber der Zweck der Jugendgruppe ist damit nicht erfüllt. Die Jugend, in der Jugendgruppe er-zogen und befähigt, muß sich in allen Dingen rastlos zur positiven Mitarbeit zur Verfügung stellen. Das verspricht der Vorsitzende im Namen der Jugendgruppe. Möge dem Versprechen nunmehr die Tat folgen.

Jugendtreffen im Allgäu

Kotteln. Am Pfingstmontag beteiligte sich unsere Jugend-gruppe zum erstenmal an einem Jugendtreffen. Die konfessionel- len Jugendvereine hatten zu einem Ausflug nach Hindelang ein-geladen, zu dem sich unsere Jugendgruppe mit über 30 Kollegen und Kolleginnen einfind. Per Auto ging's bis Sonthofen. Nach dem Besuch des Gottesdienstes mit der schneidigen Lehrstuhl-kapelle dann zu Fuß nach Hindelang. Inzwischen hatte sich nach den Regentagen herrlicher Sonnenschein hervorgewagt und be-schienen unsere herrliche Bergwelt. Am Nachmittag fand im gro-ßen Saale im Gasthaus „Zur Sonne“ eine Rundgebung statt. Über 250 Jugendliche hatten sich neben einer großen Anzahl von Gästen eingefunden. Pfarrer Müller, ein warmer Freund unseres Verbandes und unserer christlichen Gewerkschaftsbewe-gung überhaupt, sand herzliche Begrüßungsworte. Jugendsekre-tär Lang, München, hielt ein zündendes Referat. Bei Theater und schöner Musik verließen die Stunden viel zu rasch, und in später Abendstunde ging es wieder der Heimat zu. Den Hinde-langern an dieser Stelle herzlichen Dank für ihre gastfreundliche Aufnahme!

Schon seit mehreren Monaten ist die Jugendleitung in Kot-tern bestrebt, einen Wimpel zu erhalten. Bei dem geringen Ver-dienst konnte aber kein Geld zusammengebracht werden. Wir ließen aber den Mut nicht sinken. Ein Bittbrief an unsern Bezirksleiter, Kollegen Geier, hatte Erfolg, und nach drei Wochen konnte der große Tag für die Wimpelübergabe ange-setzt werden. Auf Mittwoch, den 5. Juni, haben wir alt und jung

Der Altersaufbau des deutschen Volkes



Der Altersaufbau des deutschen Volkes. Im Jahre 1910 standen 33,9 Proz. der Gesamtbevöl-kerung Deutschlands in einem Alter unter 15 Jahren, bei der letzten Volkszählung betrug der jugendliche Nachwuchs aber nur noch 25,7 Proz. In den Altersklassen zwischen 15 und 65 Jahren ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung von 61,2 Proz. auf 68,5 Proz. gestiegen, und auch die Leute über 65 Jahren haben nun einen größeren Anteil als vor dem Kriege, nämlich 5,8 Proz. gegenüber 4,9 Proz.

eingeladen und sind überaus zahlreich erschienen. Man sah es den 43 Jugendlichen an, daß die Versammlung eine besondere Note trug.

Nach der Eröffnung durch unsere bewährte Kämpferin Kollegin Koch jeder wurde das Lied „Jugendtreuschwur“ flöt ge-sungen. Kollege Geier hielt die Festrede und ging in seinen Ausführungen zurück auf die Zeit vor 23 Jahren, wo er das erste Mal nach Kotteln kam. Er zeichnete die damaligen Verhält-nisse und den allmählichen Aufstieg der Textilarbeiter-schaft bis zur heutigen Zeit. Er erinnerte an die Zeit der Revolution, an den Terror der sozialistisch organisierten Textilarbeiter, die es fertig brachten, fast rastlos unsere Mitglieder zu zwingen, in den Deutschen Verband überzutreten. Nach kaum 1 1/2 Jahren waren es wenige Kolleginnen, voran unsere Kollegin Koch-jeder, die dem „freien Verband“ den Rücken kehrten, und nun hing es wieder schnell aufwärts. In die Jungen richtete er den Appell, sich ein Beispiel zu nehmen an den Alten. Bekennert-mut wird uns zum Ziele führen!

Als Wahrzeichen der Einigkeit, der gegenseitigen Liebe und Treue zum Verband übergab Kollege Geier der rührigen Ju-gendgruppe den prächtig ausgeführten Wimpel. Stürmischer Bei-fall belohnte den Redner für seine Ausführungen. Einem sin-nigen Vortrag, schön vorgelesen von einem jungen Kollegen, schloß sich ein Lichtbildvortrag „Die Rheinreise“ an. Wie dank-bar die schönen Bilder aufgenommen wurden, zeigte die laut-lose Stille. Erwähnt soll noch werden unser Kollege Regale mit seinen vier Töchtern nebst Kollegen Schuch, die mit dem musikalischen Teil die Versammlung schön umrahmten. Jugend-führer Kollege Vollenstein dankte im Namen der Jugend-gruppe dem Kollegen Geier für das schöne Symbol der Zusam-mengehörigkeit mit dem Versprechen, es in Ehren zu halten in guten und schlechten Zeiten. Die Jungen werden bestrebt sein, unserem Verband treu zu bleiben und in der Werbearbeit nicht er-lazmen.

Kollege Egger nahm das Schlußwort und dankte allen, die die Versammlung so schön gestalteten. Ein besonderer Dank galt unserm Kollegen Geier. Zu ungewohnt später Abendstunde wurde die Versammlung geschlossen.

Allgemeine Rundschau

Das zweite Reichstreffen der christlichen Gewerkschaftsjugend. Anlässlich des Reichstreffens der christlichen Gewerkschafts-jugend am 10. und 11. August in Köln findet am ersten Tage ein

„Deutscher Abend“ im Gürzenich statt, der auf den Verfassungs-tag Bezug nimmt. U. a. wird dort je ein jugendlicher Gewerk-schaftler aus den Grenzgebieten, dem Saarland, Oberschlesien und Danzig eine kurze Ansprache halten und von den besonderen Nöten und Schwierigkeiten seines Landes berichten. Der Einzug der Wimpel aus allen Gauen soll die Einheit der deutschen Stämme symbolisieren. Bis heute sind zu der Tagung bereits 7000 christliche Junggewerkschaftler und Gewerkschaftlerinnen fest angemeldet, so daß die Zahl 10 000 überschritten werden dürfte.

Genossenschaftstag in München.

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, hält seinen 20. ordentlichen Genossenschaftstag vom 20. bis 22. Juli d. J. in München ab. Auf der Tagesordnung stehen, neben der Behandlung geschäftlicher Angelegenheiten, folgende Vorträge:

1. „Konsumorientierte Wirtschaft“, Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning S. J., Frankfurt a. Main.
2. „Ethik und Konsumgenossenschaftswesen“, Generalsekretär Lic. theol. Alfred Stranz, Berlin.
3. „Konsumgenossenschaften und Arbeitnehmerbewegung“, Fritz Waltrusch, Berlin, Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

Zum Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, gehörten Ende 1928: 276 Genossenschaften. Die berichtenden Ge-nossenschaften zählten 796 758 Mitglieder, 2212 Verteilungs-stellen und einen Gesamtumsatz von RM. 180 530 735,—, davon RM. 27 491 223,— in der Eigenproduktion. Die Geschäftsgut-haben der Mitglieder betragen RM. 7 540 645,—, die Reserven RM. 3 977 272,—, die Spareinlagen der Mitglieder Reichsmark 32 092 680,—. Der Umsatz hat sich seit 1924 fast verdoppelt. Noch erheblicher ist die Zunahme der Eigenproduktion, die seitdem um mehr als das Dreifache gestiegen ist. Verzehnfacht haben sich seit 1924 die Spareinlagen.

Einen immer stärkeren Ausbau erfährt die „Gepag“, Groß-einkaufs- und Produktions G. B. deutscher Konsumvereine. Der Umsatz der „Gepag“ ist gegenüber dem Vorjahre um 17,5 Pro-zent gestiegen. Er betrug 1928 RM. 61 302 484,— und macht 32,8 Prozent des Kalenderjahresumsatzes der angeschlossenen Genossen-schaften aus. Der Anteil der Eigenherzeugung der „Gepag“ an ihrem Gesamtumsatz betrug RM. 10 388 753,— gleich 18,3 Prozent.

Berichte aus den Ortsgruppen

Ronsdorf. Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde auf unserer letzten Versammlung ein neuer Vorstand ge-wählt, um der Ortsgruppe wieder eine ordnungsmäßige Ge-schäftsführung zu gewährleisten. Wiedergewählt wurde als Kassierer Kollege Franz Spies, als Vorsitzender Kollege Otto Eller, als Schriftführer Kollege Herm. Drache, als Beisitzer D. Sieper. Die hiesige Ortsgruppe, welche wie wohl keine andere unter der darniederliegenden Wandindustrie zu leiden hatte, zeigt jetzt wieder eine langsam aufsteigende Linie. Der Kollege Spies gab im Verlaufe der Versammlung einen Bericht über die stattgefundene Sekretariatskonferenz in Lennep. Dann wurde eingehend darüber diskutiert, wie unsere Ortsgruppe ihr 25jähriges Bestehen feiern soll. Die Vorarbeiten für die Jubelfeier wurden am Schluß der Aussprache einem Kom-itee übertragen. Der amwesende Sekretariatsleiter, Kollege Jos. Preis, gab kurz einige Anmerkungen, u. a. über das Jugendtreffen in Köln. Zwei der hiesigen Kollegen werden schon die Samstagtagung besuchen. Nachdem der Vorsitzende kurz noch einmal die Lage im hiesigen Bezirk gekennzeichnet hatte, konnte er die Versammlung gegen 8,30 Uhr schließen. Möge der Geist, der in dieser Versammlung herrschte, hinausgetragen werden, damit die Ortsgruppe Ronsdorf wieder das wird, was sie früher gewesen ist: ein Bollwerk gegen Kapitalismus und Sozialismus.

Versammlungskalender.

Vorghofst. Sonntag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr im Schützen-hof (Reiermann) Versammlung mit Frauen.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Die Konjunkturlage. — Der Schlesien-Schieds-pruch. — Was kostet die schlesische Aussperrung? — Jugend-gewinnung. — Lohnkonflikt in der englischen Baumwollindus-trie. — Eine soziale Pflicht! — Lage in der Textil- und Beklei-dungsindustrie. — Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften. — Sozialpolitik und Weltwirtschaft. — Das Internationale Arbeitsamt. — Jugendtreffen im Allgäu. — Feuilleton: Der Einspruch gegen die Kündigung. — Allgemeine Rund-schau: Das zweite Reichstreffen der christlichen Gewerkschafts-jugend. — Genossenschaftstag in München. — Jugendbewe-gung: Wimpelweihe der Jugendgruppe Osnabrück. — Be-richte aus den Ortsgruppen: Ronsdorf. — Versamm-lungskalender. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florstr. 7.

Erkannt ist jeder überfallkraft u. Bettfedern

Süßigkeit meiner Art 50 Pfennig

Zopf

Größe per Pfd. 0,80, 1,40, 1,80 RM. Rupp- u. Galtbauern 2,80, 3,50 RM. Weiße 3,60, 4,50, 5,50 u. 6,50 RM. Graue Mandarinenbauern, wunderbar süßkräftig u. weich, 7,— und 9,80 RM. Berl. Sie kostenlos Muster u. Preisliste. Auch für Betteln. Um gefastet oder Geld zurück. Bon 20 RM. an te. Nachnahme.

H. Zopf, Zell-Harmerstraße 256 (Waben). Begr. 1858

Sparen 50%

Statt 20 nur 10 Pf. **Gloria**

12 cm gr. Liebes-Zigarette höchster Qualität. 50 St. M. 5,—, 250 St. noch billiger nur M. 24,—, 500 St. portofrei geg. Nachn. Preisliste gratis. Betr. Weckmann, Zg.-Fabr., Hanau - F 14

Kugel-Käse

rot, gesunde Ware, o. Abfall 2 Kgl. - 9 Pfd. 3,95, 200 Harz. Käse 3,95, 100 Gto. u. 1 Kgl. Käse 3,95 ab hier Nachnahme. K. Seibold, Hartort/Reichl. Str. 363

Schönheit der Augen

Ist Schönheit des ganzen Menschen. Tränen ihre Augen, sind sie gerötet, entzündlich, verklebt, haben Sie schwache oder ausgebreitete Augen, dann versuchen Sie es mit Apoth. P. Grundmanns **Augenlid-Creme** Preis 2.— RM. Sie werden zufrieden sein. Apoth. F. Grundmann Berlin SW 33 Friedrichstr. 208

Musikinstrumente

Herabgesetzte Preise, Katalog mit 250 Abbildung, gratis A.P. Glas-Magister Klingenthal-Sa. 74

Dr. Zinssers Gicht- u. Rheumatisma-

tos hat sich seit 30 Jahren vorzüglich bewährt. Über 20 000 Anerkennungen. Paket M. 1,80 u. 2,50 in fast all. Apoth. Dr. Zinsser & Co. Leipzig 33

Arterien-Verfälschung

Gegen Herzkreisl. u. Bluthochdruck durch Gerodung des erhöhten Blutdruckes; ferner u. Magen-, Darm-, Nieren-, Blasen-, Gallen- und Leberbeschwerden; Jüder, Rheumatismus, Gicht und Asthma, Bands-, Nerven- und Epuldarmer gestellen Sie heute noch

Balkanzwiebel-

tropfen den natürl. hochkonz. bulgar. Knoblauchessenz. Schon vor 3000 Jahren brauchten die Ägypter des Orient's Knoblauch gegen diese Krankheiten. Viele Anerkennungs- und Dankschreiben! Flasche 3,50 gegen Nachn. Porto extra, versendet: Cant. Spittler, J. Farina 52, München, Rindstraße 64

Roman Greulich

Lithogr. Anstalt Berlin NO 43 Beitragsmarken Rabatmarken Etiketten, Diplome